

August Thalheimer

# Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung  
der Deutschlandpolitik  
der Großmächte  
nach dem zweiten Weltkrieg

1945

Herausgegeben und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik

# Die Potsdamer Beschlüsse

**Eine marxistische Untersuchung  
der Deutschlandpolitik der Großmächte  
nach dem Zweiten Weltkrieg  
von**

**August Thalheimer**

**Herausgeber Gruppe Arbeiterpolitik**

# Vorwort

Diese Broschüre, die erste größere Arbeit von August Thalheimer nach 1945, erscheint 5 Jahre nach ihrer ersten Auflage in völlig unveränderter Form. Nicht nur gebietet die politische Sauberkeit, neu-aufgelegte alte Arbeiten unverändert zu lassen, um dem Leser ein Urteil zu ermöglichen, ob die Analyse der Verfasser richtig war, d.h. sich in der Entwicklung bewährt und bewahrheitet hat, vielmehr brauchten auch keine Veränderungen vorgenommen zu werden, denn die Entwicklung hat diese Analyse vollkommen bestätigt. Wenn die Besatzungsmächte diese Thesen von 1945 zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hätten, hätten sie nicht genauer den vorausgesagten Weg befolgen können.

Nur in einem Punkt wäre eine Unterstreichung, ein Ausbau der damaligen Thesen notwendig, aber keine Korrektur: Das Auseinanderwachsen Ost- und Westdeutschlands und das Zusammenwachsen der Wirtschaften der beiden Zonen mit der Wirtschaft der jeweiligen Besatzungsmacht. Das stimmt heute noch vollkommen, aber die Entwicklung ist recht weit gegangen.

Im Westen Deutschlands ist der Kapitalismus restauriert, wenn auch von Gnaden der kapitalistischen Besatzungsmächte und beschränkt auf den politischen und wirtschaftlichen Spielraum, den diese Mächte gewähren können. Dabei entwickelt die deutsche Bourgeoisie die Tendenz, diesen Spielraum auszuweiten.

Im Osten ist die ökonomische und politische Macht der Großbourgeoisie und des Großgrundbesitzes gebrochen, und es werden die ökonomischen Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft gelegt. Dieser revolutionäre Inhalt der Entwicklung der Ostzone darf nicht übersehen werden. Trotz der Tarnung mit antifaschistisch-demokratischen Phrasen, trotz des Aushängeschildes bürgerlicher Parteien und demokratischer Blockpolitik, trotz des Bestehens von 5 Länderparlamenten, einer ostzonalen Volkskammer, Regierung der DDR und ähnlichen aus der Weimarer Mottenkiste hervorgeholten Reliquien bürgerlicher Demokra-

tie, denen jede ökonomische Grundlage fehlt. Dieser revolutionäre Inhalt darf auch nicht vergessen werden bei der notwendigen und berechtigten Kritik der Methoden dieses Umsturzes, die notwendig bürokratisch und russisch sein mußten, weil sie von der sowjetischen Besatzungsmacht mit der siegreichen Roten Armee importiert wurden. Diese bürokratischen Methoden passen nicht für die deutschen Verhältnisse, führen zu unnötigen Umwegen, verlängern den Weg zum Sozialismus, verlängern die Entbehrungen der deutschen Werktätigen und gefährden letzten Endes die Existenz der sozialistischen Grundlage in der Ostzone. Weil die Umwege und Entbehrungen z.T. unnötig sind, helfen sie der heuchlerischen und verlogenen Propaganda der USA und schütten Wasser auf deren Mühlen. Richtige marxistische Kritik, vorgetragen im Geiste proletarischer Kampfgenossenschaft von aufrechten deutschen Kommunisten, hätte diese Umwege vermeiden können, wenn die SU-Führung sie verstanden hätte. Und wenn nicht, hätte sie zumindest den deutschen Kommunisten einen anderen Stand gegenüber der amerikanischen und sozialdemokratischen Hetze gegeben.

Ist nicht der Abbau und Abtransport des Stahlwerkes Riesa nach der SU und seine Rückführung und Wiederaufbau nach 4 Jahren ein unnötiger Umweg, der zum jahrelangen Produktionsausfall führte? Und ist nicht die nutzlose Beschönigung und Verteidigung dieser russischen Fehler durch die SED für die deutsche und russische Arbeiterklasse von Schaden?

Indem wir die falschen, unseren Verhältnissen nicht entsprechenden Methoden kritisieren, verteidigen wir die wirklichen revolutionären Ergebnisse. Indem wir richtige Methoden des sozialistischen Aufbaus vorschlagen, tragen wir zur Abkürzung der Umwege und Leiden bei.

Daraus ergibt sich ganz klar, daß unsere Kritik der Ostzonenentwicklung einen völlig anderen Charakter hat als die sozialdemokratische Kritik, die die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie anstrebt, und das bedeutet auch Wiederherstellung ihrer ökonomischen Grundlagen. Für uns Kommunisten gibt es in der Ostzone kein Zurück zu den alten sozialen Verhältnissen vor 1945, sondern nur ein Vorwärts zur Überwindung der bürokratischen Methoden der Besatzungsdiktatur und ihrer Ablösung durch proletarische Demokratie, durch Räte, für deren Schaffung die deutsche Arbeiter reif sind.

Diese Richtung der Entwicklung konnte in der Analyse des Jahres 1945 nur angedeutet werden. Jetzt kann man sie verdeutlichen und unseren Standpunkt noch klarer umreißen.

Als kritische, unabhängige Kommunisten werden wir von zwei Seiten angegriffen. Die eine Seite (SPD, Amerikaner, »linke SPD«)

wirft uns Kominformhörigkeit, Kominformagentendienste, Stalin-treue, unerwiderte Stalinliebe, marxistische Buchstabengläubigkeit vor. Nach ihrer Ansicht taugte der Marxismus nichts mehr. Nun, man lese diese 5 Jahre alte Broschüre und man wird den Wert der marxistisch-leninistischen Methode erkennen, die den Kommunisten befähigt, »vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus« zu haben. Diese Broschüre ist nach 5 Jahren so aktuell, so richtig, so wegweisend wie 1945. Dem stellen wir die »epochemachenden« Schriften moderner Überwinder und Vernichter des Marxismus gegenüber: eines Sering, eines Burham, eines Köstler u.a. Ihre Arbeiten waren infolge reichlicher Propaganda eine Zeit in Mode bei vielen linken Sozialdemokraten, die den Weg zum Kommunismus nicht finden können und die die Krise des traditionellen Reformismus und der halben Marxisten in eine Krise des Marxismus umfälschen.

Die andere Seite (KPD und SED) wirft uns heute vor, bezahlte Agenten des amerikanischen Monopolkapitals zu sein. Mit dieser gemeinen Lüge weichen sie jeder Diskussion aus. Aber erinnern wir an einige Tatsachen:

1. Wir schrieben 1945: »Kein wirklicher Revolutionär kann sich zur Verfügung stellen für Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen im Dienste der Besatzungsbehörden« (17. Abschnitt vorliegender Arbeit). Die KPD besetzte Ministerposten in den Marionettenregierungen der englischen, amerikanischen und französischen Militärdiktatur!
2. Wir forderten den Kampf gegen Demontagen und Ausplünderung. Die KPD denunzierte uns als Werwölfe und Neonazis (»Einheit«, theoretisches Organ der SED, April 1947). Sie schrieb im Funktionärorgan der KPD Bremen, November 1947 über uns: »Sie schimpfen jetzt besonders über den Marshallplan bzw. den Industriepan. Sie schimpfen über alle Besatzungsmächte, sie schimpfen über die Demontage. . . es wird der Versuch unternommen, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien, die Arbeiter in den Betrieben gegen die Besatzungsmacht zu mißbrauchen. . . Diese angeblichen »Revolutionäre« bewegen sich auf dem Gebiete der Provokation. . .«
3. Wir entlarvten die wirklichen Ziele der anglo-amerikanischen Besatzung: Niederhaltung des deutschen Proletariats, Verhinderung der proletarischen Revolution usw. Die KPD dagegen schrieb in ihrer Vortragsdisposition Nr. 5-7, 1945 über die Potsdamer Konferenz:  
»Dies zeigt, daß die Alliierten nicht an einer Drei- oder Viertelung Deutschlands interessiert sind, sondern die Einheit Deutschlands erhalten bleibt, so daß wir in dieser Hinsicht

ebenfalls vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. . . In dem Grundsatz, Deutschland als wirtschaftliche Einheit anzusehen, zeigt sich die Ehrlichkeit des Willens der drei demokratischen Großmächte besonders deutlich, dem deutschen Volke den Weg in diese Zukunft zu ebnen. . . Diese Regelung des Reparationsproblems gibt dem deutschen Volke eine klare und hoffnungsfreudige Perspektive. Es wird nach Ableistung der Reparationen unter Abschüttelung des Jochs der Monopole eine gesunde Wirtschaft aufbauen können, mit deren Hilfe es seine friedlichen Bedürfnisse befriedigt.«

Wir ersparen uns weitere Zitate. — Erst im September 1948 entdeckte die KPD:

»Das deutsche Volk kann die westlichen Besatzungsmächte nicht länger als Garanten und Helfer einer von ihm angestrebten demokratischen und friedlichen Entwicklung betrachten.«

Bis 1948 hat die KPD den Arbeitern im Westen eingeredet, die Westmächte seien hier, um uns zu entnazifizieren, zu demokratisieren, zu entmilitarisieren. Ende 1948 kann sie das nicht länger glauben.

Die Neuauflage der Broschüre ist umso aktueller, als KPD und SED heute überall mit dem Potsdamer Abkommen argumentieren. Aber die wenigsten kennen dieses schändliche Dokument gemeinsamer Ausplünderung der deutschen Werktätigen. Die Broschüre gibt ausführliche Zitate der wichtigsten Stellen. — KPD und SED jammern über den Vertragsbruch der Westmächte und sagen: Wenn diese die Potsdamer Beschlüsse durchgeführt hätten, hätte die Entwicklung in Westdeutschland eine andere Richtung genommen. Darauf ist zu erwidern:

1. Der Vertragsbruch soll darin bestehen, daß die Westmächte noch 1950 demontieren. Aber wenn z.B. die ganzen Reichswerke in Salzgitter bis Februar 1948 demontiert worden wären, wäre es genau dieselbe Plünderung und Zerstörung von Arbeitsplätzen gewesen wie jetzt.
2. Ist es nicht geradezu lächerlich, die kapitalistischen Mächte anzuklagen, sie hätten die Monopolkapitalisten nicht entmachtet. Nur Narrn können das erwarten. Jetzt hält die SU den Alliierten voller Entrüstung das Papier vor die Nase; sie ist empört, weil sie geglaubt hat, mit dem Papier und den demokratischen Phrasen die Westmächte überspielen zu können, aber überspielt wurde. Stalin ist wieder da: betrogene Betrüger.
3. Was wurde vom Potsdamer Abkommen verwirklicht? Demontagen, Reparationen, Gebietsabtrennungen in Ost und West, Vertreibung von 12 Millionen Deutschen, Entmündigung und Vier-

teilung Deutschlands, die allmählich zur Zweiteilung wird, Souveränität jedes Militärgouverneurs in seiner Zone.

Nicht verwirklicht wurde dagegen: Wirtschaftliche Einheit Deutschlands, Entmachtung der Monopolisten im Westen, Bodenreform im Westen usw. Jeder Marxist versteht die Gründe: Über die Ausplünderung war man sich einig; für die zu befolgende Besatzungspolitik fand man nur gemeinsame Phrasen für grundlegend verschiedene Absichten und Ziele. Wie soll auch die wirtschaftliche Einheit hergestellt werden zwischen dem kapitalistischen Westen Deutschlands und der Ostzone, die die Grundlagen des Sozialismus baut?

Die Potsdamer Beschlüsse waren das Produkt eines zeitweiligen, kriegsnotwendigen Bündnisses der imperialistischen Westmächte mit der SU. Der Blütemonat dieser Ehe ist längst vorbei, der Frost unüberbrückbarer Feindschaft hat die Blütenräume vernichtet. Niemals kann eine wirklich kommunistische Partei ihre Politik aufbauen auf einem Kompromißabkommen der SU mit kapitalistischen Staaten. Die SU mag gezwungen sein, solche Abkommen zu treffen. Aber niemals können diese Abkommen Kampfgrundlage für das deutsche Proletariat sein. Die deutschen Arbeiter können nicht mobilisiert werden für die Durchführung des Potsdamer Abkommens, sondern nur für ihre Klasseninteressen. Im Kampf um diese Interessen wird die Einheit der Arbeiterklasse in Ost und West und die Einheit Deutschlands auf sozialistischer Grundlage wiederhergestellt.

Die Anglo-Amerikaner wollen sich heute in ihrer Propaganda zu Vorkämpfern der armen Ostvertriebenen machen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Abkommen unterzeichnet ist u.a. von Truman, Attlee und Churchill. Die Mitschuld, z.T. die Initiative der Westmächte zu diesen Verbrechen gegen Millionen deutscher Werktätiger dürfen die deutschen Arbeiter, besonders die Flüchtlinge, nicht vergessen. Aber nur der kann an diese Tatsachen erinnern, der selbst nicht die Beteiligung der SU an diesen Verbrechen verteidigt.

Diese Broschüre wurde in Deutschland bei ihrem erstmaligen Erscheinen begierig aufgenommen und an vielen Orten vervielfältigt. Sie war damals ein Programm zur Sammlung der wirklichen Kommunisten. Sie ist ein Dokument, das das deutsche Proletariat zu selbständigem Handeln mahnt und das internationale Proletariat an seine Solidaritätspflicht erinnert. In diesem Sinne soll und wird auch diese neue Auflage wirken.

August 1950

# Zu den Potsdamer Beschlüssen

## 1. Grundgesichtspunkte für die folgende Beurteilung

Im Folgenden wird zu den Potsdamer Beschlüssen Stellung genommen vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes. Nur dieser Standpunkt ist vereinbar mit den Grundsätzen und dem Endziel des Sozialismus.

## 2. Über Kompromisse mit imperialistischen Mächten

Die Beschlüsse der »Drei Großen« auf der Potsdamer Konferenz sind, ebenso wie die früheren Beschlüsse in Teheran und Jalta, ein Kompromiß zwischen zwei kapitalistischen und imperialistischen Mächten (USA und England) und einer nichtkapitalistischen und nicht imperialistischen Großmacht, deren ökonomische Grundlage das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist, nämlich der SU.

Die SU ist verpflichtet, diese Beschlüsse unter denselben Bedingungen durchzuführen, wie die kapitalistischen Teilnehmer des Abkommens. Für alle diplomatischen Abkommen gilt — wie bekannt — der stillschweigende Vorbehalt »rebus sic stantibus«, d.h. die Abkommen bleiben in Kraft, solange die Machtverhältnisse unverändert sind. Wenn die SU auf ein solches Kompromiß eingeht, setzt das unweigerlich Konzessionen an imperialistische Interessen und Standpunkte voraus. Bei gemeinsamer Kriegführung sind Kompromisse dieser Art unvermeidlich.

Aber es ist dagegen notwendig und muß verworfen werden, daß die Propaganda des Sowjetstaates sowohl gegenüber dem russischen Volke als auch der internationalen Arbeiterklasse solche Kompromisse als reine und unangreifbare Siege lobpreist. Sowohl die Grundsätze des Marxismus wie die Interessen des russischen und internationalen Proletariats erfordern im Gegenteil, daß die

volle und ungeschminkte Wahrheit über die Konzessionen gesagt wird, die dem Klassenfeind gemacht wurden, also über die Mängel, Fehler und Mißstände, die diesen Kompromissen anhaften, gesehen vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Das ist keine überhebliche Forderung an Marxisten. Lenin erfüllte beständig diese Forderung bei allen Konzessionen an den inneren und äußeren Klassenfeind, die er sich vorläufig zu machen gezwungen sah. Dabei folgte er nur den prinzipiellen Forderungen und dem Beispiel von Karl Marx. Der Unterschied zwischen dem Sowjetstaat und der kommunistischen Partei als Partei ermöglicht es durchaus, daß die Partei kritisch zu den diplomatischen Abkommen des Sowjetstaates Stellung nimmt.

In den kapitalistisch-imperialistischen Ländern, deren Regierungen an solchen Kompromissen teilnehmen, ist es Pflicht der Arbeiterklasse, die Regierung offen zu kritisieren und zu bekämpfen, soweit diese Konzessionen von der SU erzwungen hat.

Gleichheitszeichen zu setzen zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der Sowjetdiplomatie ist erstens zum Schaden des Sowjetstaates selbst und zweitens eine Irreführung und ein Mißbrauch der internationalen Arbeiterklasse. Es ist ein Bruch mit den marxistischen Prinzipien des Klassenkampfes.

### **3. Die Methode: Geheimdiplomatie und Diktat**

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sind zustande gekommen mittels Geheimdiplomatie und Diktat gegenüber Deutschland. Selbst im Kriege ist Geheimhaltung nur notwendig für die militärischen Operationspläne. Wenn auch politische Fragen im Kriege heimlich verhandelt werden, so beruht das ausschließlich auf dem Bedürfnis der herrschenden Klassen, ihre wirklichen Kriegsziele vor den beherrschten Klassen geheim zu halten, sie von der Mitbestimmung auszuschließen und sie ständig vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Potsdamer Konferenz fand statt nach Abschluß des Krieges in Europa. Die Verhandlungen über Europa erforderten keinerlei Geheimhaltung. Die Durchführung der Beschlüsse folgte unmittelbar, ohne daß man irgendeine Bestätigung durch parlamentarische oder andere demokratische Organe abwartete. Obendrein gab man den Beschlüssen die Form von »Mitteilungen« über »Vorschläge« der Staatsmänner, so daß eine parlamentarische Bestätigung formell unnötig war. Aber die Durchführung der Beschlüsse schafft vollendete Tatsachen. Ganze Gebiete werden dem einen Land genommen, dem anderen gegeben. Millionen Menschen werden von Haus und Hof gejagt, andere Millionen kolonisieren die verlassene

nen Gebiete. Ganze Industrien werden wegtransportiert oder übernommen. — Die Nazis sind geschlagen; aber ihre Methode, nämlich diktatorisch mit Staaten, Völkern und Individuen zu schalten und zu walten, ist von den Siegern übernommen. Man versteht leicht, daß dieser Schacher mit Ländern und Völkern nur möglich ist in der Dunkelkammer der Geheimdiplomatie. Er steht in so klarem Widerstreit zu den offiziell verkündeten Prinzipien und zur ganzen Kriegspropaganda, daß es unmöglich wäre, ihn in voller Öffentlichkeit durchzuführen.

Die Potsdamer Beschlüsse, die also zustande gekommen sind mittels Geheimdiplomatie und Diktat, haben bereits in großem Ausmaß das Schicksal ganzer Völker und Staaten festgelegt. Das Recht der parlamentarischen Versammlungen und anderer demokratischer Organe, über die kommenden Friedensbedingungen Beschluß zu fassen, ist aus diesem Grunde eine reine Narrenposse.

Es ist also unabweisliche Aufgabe für die internationale Arbeiterklasse, gegen diese Methoden zu protestieren und zu kämpfen. Die Arbeiterklasse braucht hierbei nur der Kritik zu folgen, die Marx und später Lenin an den Methoden der Geheimdiplomatie und der Friedensdiktate übten, und der Praxis Lenins als Leiter des Sowjetstaates.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk (1917-1918) beweisen, daß es sehr wohl möglich ist, eine öffentliche und wirklich demokratische (nicht nur scheidemokratische) Diplomatie zu betreiben, wenn man nur will.

#### **4. Die Vorbereitung der Friedensbedingungen**

Die Potsdamer Konferenz richtete einen ständigen Rat der Außenminister der »Fünf Großen« ein, der die kommenden Friedensbedingungen vorbereiten soll. Zuerst sollen die Friedensbedingungen mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland auf dem Wege der Geheimdiplomatie vorbereitet werden. In allen diesen Ländern haben die Sieger schon lange eine Reihe von vollendeten Tatsachen geschaffen. Der Rat der Außenminister erhält in Wirklichkeit nur die Aufgabe, an der Grundlage, die jeder der Sieger in seiner »Einflußsphäre« bereits festgelegt hat oder festgelegt wird, Schönheitsfehler zu beseitigen. Der Rat soll eine Einigkeit vorspiegeln, die nicht vorhanden ist, und so tun, als führte er eine Arbeit aus, die in Wirklichkeit jeder der Sieger hauptsächlich auf eigene Faust innerhalb seiner Einfluß- oder Besatzungszone ausführt.

Das Diktat der »Drei Großen« über Europa ist nur notdürftig maskiert. China und Frankreich, die zusammen mit den »Drei Großen«

Jen Außenministerrat bilden sollen, werden nicht viel zu bestellen haben. Das geht schon daraus hervor, daß sie eingeladen werden, den fertigen Beschluß über die Bildung des Außenministerrates gutzuheißen, wonach sie Erlaubnis bekommen, im Rate Platz zu nehmen. Ihre untergeordnete Rolle wird also im voraus unterstrichen.

Wenn Fragen behandelt werden sollen, die Staaten angehen, die nicht Ratsmitglieder sind, so werden sie zur »Diskussion« oder zum »Studium« eingeladen, aber nicht zur Teilnahme an den Beschlüssen selbst. — Die Stelle der Potsdamer Beschlüsse, die von der Vorbereitung des Friedenstraktates mit Deutschland handelt, verdient wörtliche Wiedergabe:

»Der Rat soll angewandt werden zur Vorbereitung eines Friedensabkommens mit Deutschland, das von der deutschen Regierung angenommen werden soll, wenn eine zu diesem Zweck geeignete Regierung errichtet ist.«

Das ist mit wirklich erfrischender Offenheit gesagt. Hierzu ist nur zu bemerken, daß eine »deutsche Regierung«, die dem Zweck der Siegerherren dienen soll, die die schon vorgenommene oder geplante Verkrüppelung, Verteilung, Entwaffnung und ökonomische Entmündigung Deutschlands gutheißen soll, kaum eine Regierung werden kann, die das deutsche Volk für seinen Teil als »geeignet« betrachten kann, daß eine solche Regierung eine Marionettenregierung sein wird, und daß ein Friedensvertrag, der so zustande gekommen ist, nichts anderes sein wird, als der berühmte Fetzen Papier.

Das wird von allen künftigen Friedensverträgen gelten, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen treten. In welcher Form sie auch zustandekommen mögen, werden sie in Wirklichkeit nur Ausdruck sein für eine Verteilung der Kriegsbeute unter den Siegern, von den Siegern und für die Sieger. Nur ständige Gewalt und dauernde Einigkeit unter den Siegern kann eventuell die Aufrechterhaltung eines solchen Friedens ermöglichen. Der Versuch, ihn aufrecht zu erhalten, zwingt die Siegerstaaten, für unabsehbare Zukunft unabsehbare Rüstungslasten auf sich zu nehmen. Ständige Einigkeit unter den Siegerstaaten ist jedoch ein Traum — trotz der Statuten der Vereinten Nationen. Daher sind Friedensverträge dieser Art nur auf Sand gebaut.

Die internationale Arbeiterklasse muß diese Methoden der Vorbereitung von Friedensbedingungen abweisen. Ihr Friedensziel muß sein: eine Föderation freier und gleichberechtigter, sozialistischer Gesellschaften, die Europa als eine ökonomische Einheit und auf sozialistischer Grundlage verwaltet.

## 5. Schuld- und Sühneformel

Der Abschnitt über Deutschland wird, wie es sich gehört, eingeleitet mit einer Schuld- und Sühneformel, in der der Vansittartismus auf der einen Seite und die russische Bußpredigt an das deutsche Volk auf der anderen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die Formel lautet:

»Die alliierten Heere haben ganz Deutschland besetzt, und das deutsche Volk muß büßen für die furchtbaren Verbrechen, die von denen begangen wurden, denen sich das Volk im Augenblick des Erfolges offen anschloß und blind gehorchte.«

Es ist kein Zufall, daß diese Schuld- und Sühneformel in der Einleitung des Abschnittes über Deutschland steht. Sie soll die allgemeine Begründung der Behandlung sein, die dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit und in allen Einzelheiten zuteil wird und zuteil werden soll. Diese Formel ist auf einer dreifachen Lüge aufgebaut.

Erstens ist sie wirklich unwahr.

Zweitens ist der wirkliche Grund der Besetzung und der Strafmaßnahmen gegen das deutsche Volk das gerade Gegenteil des vorgeblichen Grundes.

Drittens werden alle Bußprediger von ihren eigenen Handlungen widerlegt.

## 6. Der »blinde Gehorsam«

Der »blinde Gehorsam«, den das gesamte deutsche Volk den Nazis angeblich erwiesen hat, wird für jeden, der die Wahrheit sehen will, widerlegt von der langen Reihe furchtbarer Namen, die da lauten: Buchenwald, Oranienburg, Dachau, Mauthausen, Ravensbrück, Belsen usw. Es ist einfach nicht wahr, daß die Nazis den allgemeinen Anschluß der Bevölkerung hatten, solange es für sie gut ging. Alle Berichte aus Deutschland während des Krieges stimmen darin überein, daß gerade während der größten Siege der Nazis die allgemeine Stimmung nicht begeistert war, sondern kühl und gedrückt, wofür die Nazis ja auch passende »Erklärungen« suchten. Je mehr der Schleier genommen wird von den inneren Ereignissen in Deutschland während des Krieges, desto deutlicher und lebendiger wird das Bild, das sich abhebt und einen niemals abbrechenden Massenwiderstand gegen die Nazis zeigt, einen Widerstand, der die allerverschiedensten Formen annahm und der in erster Linie von der Arbeiterklasse getragen wurde, der aber auch Teile des Kleinbürgertums und der Intelligenz umfaßte.

## 7. Das wirkliche Motiv der Besetzung

Der allgemeine Sinn davon, daß man dem deutschen Volke die Schuld für Nazismus und Krieg gibt, kann wohl nur sein, daß man dem deutschen Volke vorwirft, daß es keine Revolution gegen das nazistische Regime vor und während des Krieges durchgeführt hat. Aber vor dem Kriege wurde ja der Nazismus in Deutschland, der Faschismus in Italien und der Falangismus in Spanien willkommen geheißen vom englischen, französischen und amerikanischen Kapital. Sie unterstützten diese Bewegungen, da sie in ihnen ein Bollwerk gegen die sozialistische Revolution und eventuell Kreuzfahrer gegen die »Roten« in Rußland sahen. Erst als diese vom englischen, französischen und amerikanischen Kapital bestellten Mächte der kapitalistischen Ordnung drohten, in das Gebiet einzubrechen, in dem die Westmächte selbst herrschten, trafen sie auf Widerstand. Und während des Krieges selbst war die politische Kriegführung der Alliierten auf ein doppeltes Ziel abgestellt: Deutschland außer Spiel zu setzen als den stärksten kapitalistischen Konkurrenten und gleichzeitig die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern. Um dieses letztere Ziel zu erreichen, stellte man die Forderung der *»bedingungslosen Kapitulation«*, die nicht nur für die Nazis galt, sondern auch für jedes antinazistische Regime.

Eine Revolution ist unmöglich, wenn sie nur die Aussicht eröffnet auf Verstümmelung, Zerstückelung und Versklavung des Landes. Diese Forderung der bedingungslosen Kapitulation erfüllte daher ihren Zweck. Sie verhinderte, daß die große Masse der Arbeiter sich mit der großen Masse der gemeinen Soldaten verband zum Sturz des Regimes.

Diese Tatsachen beweisen, daß es nicht das Ausbleiben der deutschen Revolution war, das die politische Kriegführung der Alliierten und die nachfolgende Versklavung Deutschlands bestimmte. Umgekehrt: Die alliierte Politik gegenüber Deutschland war bestimmt erstens von dem kapitalistischen Bewußtsein von der Nähe der revolutionären Gefahr und von dem Risiko, die diese für den Fortbestand der ganzen kapitalistischen Ordnung bedeuteten, und zweitens von dem festen Willen, um jeden Preis die Revolution zu verhindern, selbst wenn das auf Kosten einer Kriegsverlängerung und erhöhter Opfer an Menschen und Geld geschehen mußte. Der Krieg gegen Deutschland hatte also zwei Ziele: Er war ein Krieg gegen den Imperialismus in Deutschland und ein Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland. Der »Friede« mit Deutschland, der jetzt stückweise zusammengeflickt wird, ist eine Fortsetzung dieses Krieges mit anderen Mitteln. *Nach der zerschmetternden Niederlage des deutschen Imperialismus tritt jetzt der Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland in den Vordergrund.*

## 8. Die Bußprediger

Das Recht der Bußprediger, in der Rolle der Ankläger gegen das ganze deutsche Volk aufzutreten, wird ihnen genommen durch die eigenen Handlungen des englischen, französischen und amerikanischen Kapitalismus, nämlich:

1. Den Beistand, den sie gaben zur Rettung der Bourgeoisie, der Junker und des Militarismus vor Spartakus, d.h. vor der sozialistischen Revolution, nach dem Zusammenbruch 1918,
2. ihre politische, materielle und moralische Hilfe für das Nazi-regime in Deutschland, den Falangismus in Spanien und den Faschismus in Italien bis zum Kriegsausbruch,
3. ihre politische Kriegführung, die darauf abzielte, die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern.

Das Recht der Repräsentanten der SU, als Bußprediger für die deutsche Arbeiterklasse aufzutreten, wird nicht weniger schlagend durch die eigenen Handlungen widerlegt, nämlich:

1. Sie haben einen wesentlichen Anteil an der Schuld für den Sieg des Nazismus dank der verhängnisvollen Taktik — charakterisiert durch das Stichwort »Sozialfaschismus« —, für die die Russen jetzt vergeblich suchen, der deutschen kommunistischen Partei die ganze Schuld zuzuschleiben.
2. Sie waren beteiligt an der politischen Kriegführung, die die sozialistische Revolution in Deutschland verhinderte. Sie können sich vielleicht damit entschuldigen, daß der Koalitionskrieg sie zwang, mit den imperialistischen Wölfen zu heulen; aber sie haben jedenfalls keine Befugnis, als Ankläger oder Bußprediger gegenüber der deutschen Arbeiterklasse aufzutreten.

Die deutsche Arbeiterklasse muß scharf und stolz diese Bußprediger zurückweisen! Sie braucht nicht Buße zu tun dafür, daß die deutsche sozialistische Revolution, für die die inneren Bedingungen nach dem Zusammenbruch des Nazismus klar vorlagen und die die für den Fortbestand des internationalen Kapitalismus gefährlichste und zugleich die fortgeschrittenste Revolution geworden wäre — daß diese Revolution vorläufig einer weltumspannenden Verschwörung zum Opfer gefallen ist. Nichts beweist schlagender, wie vollständig die inneren Voraussetzungen in Deutschland reif waren für eine sozialistische Revolution, als das sogenannte »Buchenwaldmanifest«, ein Manifest wohlgemerkt, das von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam angenommen wurde. Sein faktischer (wenn auch nicht buchstäblicher) Inhalt ist die Forderung einer deutschen sozialistischen Räterepublik.

Eine andere handgreifliche Tatsache, die beweist, daß Deutschland reif für eine sozialistische Revolution ist, ist, daß 1945 militärische Truppen dreier Weltmächte aufgeboten werden mußten zur Besetzung des ganzen Landes auf unbegrenzte Zeit, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. — Im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben gilt heute mehr denn je Friedrich Engels' Wort, daß die deutsche Arbeiterklasse ihr *Selbstbewußtsein nötiger braucht als ihr Brot*.

## 9. Die freiwillige Versklavung

»Es ist nicht die Absicht der Alliierten«, heißt es weiter in der allgemeinen Erklärung über Deutschland, »das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Es ist die Absicht der Alliierten, dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wieder aufzubauen« usw.

Was ist Versklavung, wenn es nicht die *Vernichtung des Staates*, die Errichtung einer fremden *Militärdiktatur über das Land*, wenn es nicht das ist, daß das Land verstümmelt und geviertelt wird, daß es ökonomisch entmündigt und in seiner Entwicklung um ungefähr 100 Jahre zurückgeworfen wird und daß Millionen Menschen von Haus und Hof vertrieben oder zur Zwangsarbeit geführt werden? Wenn das nicht Versklavung ist, was bedeutet das Wort dann?

Aber man verlangt also, daß die Sklaven sich darein finden sollen mit dem Bewußtsein, daß es ihrem eigenen Wohle diene. Sie sollen mit anderen Worten Sklaven sein mit dem falschen Bewußtsein, daß sie damit zur Demokratie und Friedlichkeit erzogen werden. Für die Herrschenden ist es zweifellos am bequemsten, daß der Sklave lebt, ohne das Bewußtsein seines Sklavendaseins und ohne sich dagegen aufzulehnen. Aber für die wirkliche *Befreiung der Sklaven* ist es eine *unerläßliche Voraussetzung*, daß sie *ein klares und brennendes Bewußtsein ihres Sklavendaseins haben*.

## 10. Deutschlands Viertellung

Die sogenannten politischen Prinzipien für die Behandlung Deutschlands legen die höchste Autorität für die Verwaltung des Landes in die Hände der militärischen Oberbefehlshaber in den vier Besatzungszonen, in die Deutschland aufgeteilt ist. Sie sollen unmittelbar verwalten und regieren, »jeder in seiner eigenen Zone«.

Der »Kontrollrat« hat, wie schon sein Name sagt, keine unmittelbaren Regierungs- oder Verwaltungsbefugnisse. Er soll nur kontrollie-

ren. »Soweit möglich« soll die Bevölkerung gleichmäßig behandelt werden. Das hängt also von dem Gutdünken des Militärkommandanten in jeder Zone ab. Die Tatsache, daß Deutschland in vier Besatzungszonen mit selbständigen Regierungen und Verwaltungen geteilt ist, beweist, daß tiefgehende Gegensätze über Beweggründe und Ziele der Okkupation unter den Besatzungsmächten bestehen. Wenn es eine einheitliche Auffassung darüber gäbe, wäre eine einheitliche und gemeinsame Regierung und Verwaltung des Landes von selbst gegeben. Schon die Organisationsform selbst zeigt also, daß die Gegensätze das Wesentliche, die Regel sind, und die Einigkeit das Zufällige, die Ausnahme ist.

Deutschlands Teilung in vier Besatzungszonen auf unbegrenzte Zeit ist gleichbedeutend mit der faktischen Aufhebung der nationalen Einheit eines großen Volkes. Kein lebendes Volk — so wenig wie ein lebender Mensch — kann freiwillig seine Zustimmung zu seiner eigenen Vierteilung geben. Unter einer solchen Vierteilung kann keine Ökonomie, wie sie auch aufgebaut sein mag, leben und sich entwickeln. Sie kann nur vegetieren. Diese Vierteilung, die aus den Gegensätzen und dem Machtkampf der Okkupationsmächte untereinander entsprungen ist, kann nur ein Aufmarsch sein zu einer kommenden Auseinandersetzung unter den Besatzungsmächten um die Herrschaft über ganz Deutschland.

## 11. Entwaffnung und Entmilitarisierung

Die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands hat, wie der Krieg, ein doppeltes Ziel: Entwaffnung des deutschen Imperialismus und gleichzeitig Entwaffnung der deutschen sozialistischen Revolution.

Es ist verblüffend, daß so gut wie keiner der Politiker, die sich sozialistisch oder kommunistisch nennen, dieses Doppelziel der Entwaffnung eingesehen hat, und daß sie folglich gleichzeitig mit der Zustimmung zur Entwaffnung des deutschen Imperialismus auch stillschweigend ihre Zustimmung zur Entwaffnung der Revolution gaben. Man kann also wählen, ob man das der Verwirrung oder dem Opportunismus zuschreiben will. — Nur von *Stalins* Seite liegt eine *Äußerung* recht alten Datums vor, in der er *unterscheidet zwischen der Entwaffnung und Vernichtung der Hitlerarmee und der Entwaffnung des ganzen deutschen Volkes*, und in der er der ersten Form der Entwaffnung zustimmte, die *andere* aber für *nicht erwünscht* erklärte.

Die Detailbestimmungen der Potsdamer Beschlüsse über Entwaffnung und Entmilitarisierung sind eine Erweiterung und Verschärfung der 1918 getroffenen Bestimmungen. Außer der Wehrmacht

und ihren Stäben umfaßt die Entwaffnung jetzt auch SS, SA, SD und Gestapo. Weiter Vernichtung oder Kontrolle aller deutschen Industrien, die Kriegszwecken dienen können.

1918 ließen die Alliierten zuerst Deutschland mehrere hunderttausend Mann behalten, die später zur Reichswehr mit hunderttausend Mann reduziert wurden, wozu die Polizeikräfte kamen. Alles um die sozialistische Revolution zu unterdrücken oder niederzukämpfen. Dieser ganze deutsche Machtapparat fällt jetzt weg, und die »Ordnung« wird ausschließlich von fremden Besatzungstruppen aufrecht erhalten.

Was bedeuten diese Bestimmungen für den deutschen Imperialismus?

Wenn technische Maßnahmen allein genügen würden, um die Entwaffnung des deutschen Imperialismus zu sichern, so wäre sie heute zweifellos weit besser gesichert als nach 1918. Alle Lücken in den technischen Maßnahmen von 1918 sind jetzt ausgefüllt. Es gibt keine Rahmenarmee von hunderttausend Mann, und es soll keine Schwerindustrie mehr geben, die die Aufrüstung vorbereiten kann usw. — Aber jeder, der es wissen will, weiß heute, daß nicht die technischen Mängel und Lücken in der alliierten Überwachung der Abrüstung Deutschlands, sondern die Politik der Siegerstaaten entscheidend war für die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus, die zuerst unter der Weimarer Republik und später in größerem Maßstabe und schärferem Tempo unter Hitler vor sich ging.

Um die sozialistische Revolution in Deutschland niederzukämpfen, halfen die alliierten Staaten, die Militärkaste und den Kern der Reichswehr aufrecht zu erhalten. Hitlers großzügige Aufrüstung war nicht im geringsten heimlich. Sie ging öffentlich oder fast öffentlich vor sich. Sie wurde zugelassen oder gar gefördert in der Absicht, die *SU von der mächtigen Hitlerarmee niederschlagen* zu lassen. Gleichzeitig war es der Plan des englischen Imperialismus, daß das militärisch wiedererstandene *Deutschland ein Gegengewicht gegen den französischen Imperialismus* sein sollte. Es waren also zwei Hauptursachen, die den deutschen Imperialismus mit Erlaubnis oder gar Hilfe der Siegermächte auf die Beine brachten, nämlich:

1. Der Kampf gegen die sozialistische Revolution: in Deutschland, um ihren Sieg zu verhindern — in Rußland, um die siegreiche Revolution niederzukämpfen,
2. Die imperialistische Rivalität untereinander.

Diese beiden grundlegenden Ursachen bestehen weiter und damit auch ihre grundlegende Wirkung. Gegenüber diesen mächtigen politischen und gesellschaftlichen Kräften werden alle technischen

Bestimmungen über Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, die jetzt getroffen werden, sich genauso machtlos erweisen wie letztes Mal.

Nur wird jetzt nach dem zweiten Weltkrieg der Unterschied sein, daß auch die Bestrebungen auf Wiederaufhebung der Entwaffnung und Entmilitarisierung sich als zweischneidig erweisen werden, so wie die Motive für Deutschlands Entwaffnung zweischneidig sind. Die unter den Siegermächten, die prinzipielle Gegner der sozialistischen Revolution sind, werden bestrebt sein, innerhalb der von ihnen beherrschten Teile Deutschlands die Bildung konterrevolutionärer und imperialistischer Hilfstruppen für ihre eigenen Ziele zuzulassen und zu fördern. Die unter den Siegermächten, die nicht prinzipielle Gegner der sozialistischen Revolution sind, werden bestrebt sein, die Bildung revolutionärer militärischer Formationen zuzulassen oder zu fördern.

Wir beschränken uns auf diese allgemeine Formulierung, nicht weil wir uns fürchten, der Katze die Schelle umzuhängen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil nur die zukünftige Entwicklung entscheiden kann, die Namen welcher Staaten in diese allgemein gehaltenen Sätze eingesetzt werden müssen. Denn auch in den Siegerstaaten sind die inneren Klassenverhältnisse in starkem Fluß. Wohl läßt sich die allgemeine Richtung der Entwicklung voraussehen, aber nicht ihr Tempo, ihre einzelnen Phasen, Pausen, zeitweiligen Rückschläge usw. Die deutsche Arbeiterklasse ist selbstverständlich Anhänger der Entwaffnung des deutschen Imperialismus; aber sie weiß gleichzeitig, daß diese Entwaffnung von Dauer und effektiv sein kann nur dann, wenn die deutsche Arbeiterklasse sie selbst auf revolutionärem Weg durchführt, gestützt auf ihre eigene revolutionäre Bewaffnung und als einen Teil der sozialistischen Revolution, die gleichzeitig mit dem Kapitalismus die gesellschaftlichen Wurzeln des Imperialismus und Militarismus ausrottet. Es wäre eine unverzeihliche Dummheit, wenn die deutsche Arbeiterklasse sich auf die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse über die Entwaffnung und Entmilitarisierung des deutschen Imperialismus verlassen würde.

Was die andere Seite der Sache betrifft, die Entwaffnung der deutschen Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution, so genügt es, auf *Lenins* einfache und kraftvolle Worte hinzuweisen:

»Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, sich im Waffengebrauch zu üben und sich zu bewaffnen, verdient nur unterdrückt und mißhandelt zu werden, wie eine Klasse von Sklaven. Nur wenn wir uns selbst zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten degradieren, können wir vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es aus dieser keinen anderen möglichen oder denkbaren Ausweg gibt, als den des Klassenkam-

pfes ... Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der bedeutendsten, entscheidendsten und wichtigsten Tatsachen der heutigen Klassengesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man jetzt, daß revolutionäre Sozialdemokraten die »Forderung« der »Entwaffnung« stellen sollen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens der Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik für eine revolutionäre Klasse und das ist eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet und begründet ist.«

(Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, 1916)

Ist diese Taktik jetzt veraltet? Das wäre nur der Fall, wenn die Voraussetzungen weggefallen wären, auf denen sie beruht. Diese Voraussetzungen sind 1. daß die Arbeiterklasse des betreffenden Landes noch nicht die Macht erobert hat, d.h. noch unterdrückt ist, 2. daß der Kapitalismus bewaffnet ist. Im Deutschland von heute ist die Arbeiterklasse noch nicht zur Macht gekommen, und die Kapitalistenklasse ist bewaffnet. Das Besondere in der Lage Deutschlands ist nur, daß die deutsche Bourgeoisie sicherlich im Augenblick entwaffnet ist, aber daß amerikanische, englische und französische Besatzungstruppen an ihre Stelle getreten sind. Die internationale Kapitalistenklasse in Gestalt der Kapitalistenklasse der Siegerstaaten hat die deutsche Bourgeoisie abgelöst in der Rolle des bewaffneten Ordnungswächters. Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet das nur die Änderung, daß jetzt außer der sozialen Klassenunterdrückung auch eine nationale Unterdrückung vorhanden ist.

Auch in der russischen Besatzungszone sind die deutschen Kapitalisten so wie die deutschen Arbeiter entwaffnet. Auch dort erhält die Besatzungsmacht das bürgerliche Privateigentum aufrecht. Selbst wenn man annimmt, daß diese als die bewaffnete Macht eines nichtkapitalistischen Staates bestrebt sei, schrittweise die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse in der russischen Zone abzuschaffen und eine sozialistische Revolution von oben und von außen durchzuführen, so wäre die deutsche Arbeiterklasse doch, solange sie unbewaffnet ist, nur Objekt, nicht Subjekt. Damit würde zwar eine neue Erscheinung vorliegen: ein sozialistisches Kolonialgebiet oder ein sozialistischer Vasallenstaat oder Protektorat; aber es könnte keine Rede sein von nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Daraus folgt, daß die deutsche Arbeiterklasse auch heute, ja heute mehr denn je, »danach streben muß, den Waffengebrauch zu üben

und sich zu bewaffnen«, und daß sie ohne dieses Streben »nur verdient, unterdrückt und mißhandelt zu werden, wie eine Klasse von Sklaven«.

Man kann hier fragen: Welche praktische Bedeutung hat eine solche Einstellung in der Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse jetzt befindet, wo es beinahe hoffnungslos erscheint, ihre revolutionäre Bewaffnung zu verwirklichen (und nur darum dreht es sich ja, nicht um eine neue Bewaffnung des deutschen Imperialismus)? Die Antwort ist: Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen einer Arbeiterklasse, die nach revolutionärer Bewaffnung strebt und einer, die es nicht tut. Es ist der Unterschied zwischen dem Willen zur Freiheit und dem Willen zur Sklaverei. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die objektive Entwicklung der Weltverhältnisse wird mögliche Wege eröffnen.

## 12. Ausrottung der Nazis — und des Nazismus

Die Potsdamer Beschlüsse enthalten eine Reihe Bestimmungen über die Auflösung der Organisationen und Apparate der Nazis, über Bestrafung gewisser Kategorien von Nazis und über die berühmte »Umerziehung«. All das soll von den Besatzungsbehörden oder nach deren Anweisung oder unter deren Kontrolle erfolgen. — Mit dieser Methode kann man einige oder viele Nazis vernichten, aber nicht den Nazismus. Im Gegenteil, man hält ihn damit am Leben und züchtet neuen Nazismus. Die Vernichtung des Nazismus kann nur durchgeführt werden als eigene, freie Handlung des deutschen Volkes. Wird sie von fremden Eroberern durchgeführt, wird sie unausweichlich das nationale Selbstgefühl verletzen. — Man kann den Nazismus nicht vernichten ohne seine Wurzel zu vernichten, nämlich den Kapitalismus und den feudalen Großgrundbesitz. Man kann nicht die Kapitalisten bewahren, schonen und schützen, ohne die Nazis zu bewahren, zu schonen und zu schützen. Denn der Nazismus war ein Werkzeug des Kapitals. In Italien ist an die Stelle des Faschismus schon der sogenannte Neofaschismus getreten.

Keine fremde Militärmacht kann effektiv die Naziorganisationen in allen ihren Schlußwinkeln verfolgen. Das können auch keine deutschen Organisationen, die »von oben« zugelassen oder befohlen werden, sondern nur die zu diesem Zwecke frei und selbständig organisierte deutsche Bevölkerung.

Aber vor allem: Die nazistische Ideologie, die Wurzeln geschlagen hat in breiten Schichten der Jugend aller Klassen, kann man nicht überwinden mit einer scheindemokratischen und pazifistischen Suppe, serviert von der fremden Militärdiktatur. Da man aber auch nicht

einfach diese Jugend ausrotten kann, kann man sie also mit den jetzigen Methoden höchstens zum Schweigen bringen, sie zur Heuchelei erziehen oder auf andere Weise verkrüppeln. Der wertvollste und wichtigste Teil dieser Jugend sind die jungen Menschen, die von dem falschen revolutionären und sozialistischen Schein der Naziideologie irreführt worden sind. Der Nationalismus, der auf der Unterdrückung und Ausbeutung fremder Nationen beruhte, kann nur überwunden werden, wenn die arbeitenden Klassen in Verbindung mit dem Kampf um die soziale Befreiung auch den Kampf für die nationale Freiheit des eigenen Volkes und anderer Länder aufnehmen.

Das ist kein Paradox, sondern die einfache Wahrheit. Zufolge der eigenen Taten und Untaten der Nazis war der Nazismus von vornherein völlig ohne Resonanz bei den deutschen Werktätigen. Das deutsche Volk hätte, wenn es die Freiheit dazu bekommen hätte, die Überreste des Nazismus mit einer mächtigen Handbewegung hinweggefegt. Nur die Versklavung, Verkrüppelung, Zerstückelung und Verelendung Deutschlands halten jetzt die vermodernden Reste des Nazismus am Leben und werden ihm neue Keimkraft geben. Dieser Entwicklung kann nur entgegengewirkt werden durch den selbständigen und allseitigen Kampf der arbeitenden Klassen gegen die Unterdrückung in all ihren Formen und auf allen Gebieten.

### **13. Vier Kolonialgebiete**

Stellen wir zunächst fest, wie Deutschlands Lage faktisch ist.

Am 23. Mai 1945, als der »Führer-Nachfolger« Dönitz und seine »Regierung« verhaftet wurden, hörte Deutschland auf, als Staat zu existieren. Anstelle Deutschlands entstanden vier Kolonialgebiete. Das ist nicht bildlich gesprochen. Das paßt buchstäblich. Die höchste Macht üben vier fremde Regierungen aus. Sie regieren mittels ihrer vier Militärgouverneure, die jeder nach den Instruktionen seiner Regierung handeln sollen. Jeder dieser Militärgouverneure ist souverän innerhalb seines Gebietes. Es sind also vier Militärdiktaturen. Sie können auch gemeinsame Beschlüsse fassen, wenn sie das für gut finden. Die eingeborenen Deutschen sind nur Objekte, nicht Subjekte für Regierung und Verwaltung. Sie sind entwaffnet. Die einzige bewaffnete Macht im Lande sind fremde Truppen. Wir finden hier also alle wesentlichen Charakterzüge einer Kolonie.

Aber Deutschland ist nicht einmal eine koloniale Einheit. Die Gesichtspunkte, nach denen jedes der vier Kolonialgebiete regiert wird, werden von den Interessen der vier Kolonialmächte bestimmt. Diese Interessen sind in politischer und ökonomischer Beziehung

in wesentlichen Punkten verschieden. Jedes der vier Kolonialgebiete ist den politischen, ökonomischen und klassenmäßigen Gegensätzen unter den Siegermächten unterworfen. Jede von ihnen versucht, ihr Gebiet zu einem Machtmittel für sich selbst im Kampf gegen die Konkurrenten zu machen. Die Einigkeit unter den Siegermächten über die politischen Prinzipien für die Okkupation sind nur oberflächlicher Schein.

Deutschland ist zurückgeworfen in einen Zustand, der noch zweifelhafter ist als im berüchtigten 17. Jahrhundert, nach dem dreißigjährigen Krieg, wo die deutschen Fürsten Schachfiguren und Werkzeuge ausländischer Mächte waren. Heute gibt es überhaupt keine deutsche Souveränität oder Selbstbestimmungsrecht.

#### **14. Das Dilemma der Siegerherren**

Die imperialistischen Sieger standen und stehen noch vor folgendem Dilemma: *entweder* einen lebensfähigen bürgerlichen Staat in Deutschland wieder zu errichten, das bedeutet jedoch unbedingt die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus, *oder* auf einen lebensunfähigen bürgerlichen Staat abzuzeilen, das bedeutet jedoch, daß man für das deutsche Volk keinen anderen Ausweg offen läßt, als die sozialistische Revolution. — Vorläufig haben die Mächte den zweiten Weg gewählt, den lebensunfähigen bürgerlichen Staat. Aber das Dilemma wird ständig in neuen Formen auftauchen. Und die Siegermächte werden so hin- und herschwanken zwischen diesen zwei Wegen, wobei Tempo und Richtung dieser Schwankungen bei jeder der Mächte verschieden sein werden.

#### **15. Die Erziehung zur Demokratie**

Die Potsdamer Beschlüsse lassen vor den Augen des deutschen Volkes eine Fata Morgana tanzen: den schrittweisen Fortschritt zur Demokratie. Das ist faktisch nur eine Fata Morgana.

Der Wiederaufbau der Demokratie soll lokal beginnen. Zuerst eingesetzte, später gewählte lokale Behörden. Wenn die lokalen Behörden sich »geeignet« erwiesen haben, will man weitergehen: zu deutschen Behörden für größere Gebiete und Provinzen, und als letzter Schritt soll die schon erwähnte deutsche Regierung kommen, die »geeignet« ist, das Friedensdiktat zu unterzeichnen. Zweck und Ziel dieser »autonomen« lokalen Verwaltung und aller folgenden Entwicklungsstufen wird vollständig klar, wenn man die aufgestellten Bedingungen liest, nämlich daß diese Selbstverwaltung einge-

richtet werden soll »in dem Tempo, wie die militärische Sicherheit und die Zwecke der militärischen Besetzung es zulassen«. Es handelt sich also nicht um Organe, die für die Interessen der Bevölkerung errichtet werden sollen, sondern um Werkzeuge, um Hilfsorgane für die Besatzungsmächte und deren Zwecke. Es werden das also nicht eigene demokratische Organe des deutschen Volkes, sondern Organe der fremden Militärdiktatur. Um jeden Zweifel zu beseitigen, ist in den Beschlüssen ausdrücklich festgelegt, daß nicht nur Nazis und ihre Helfer von den Besatzungsmächten verhaftet werden können, sondern auch »jede andere Person, die den Zielen der Alliierten feindlich gegenübersteht«. Weiter können die Besatzungsbehörden »alle Personen, die den Zielen der Alliierten feindlich gegenüberstehen«, aus allen öffentlichen und halböffentlichen Stellungen entfernen. Darunter fallen natürlich alle die, die für die Interessen der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsbehörden eintreten.

Auch die von den Besatzungsmächten wieder zugelassenen politischen Parteien haben nichts mit wirklichen demokratischen Rechten zu tun. Auch sie werden nur zugelassen, soweit sie den Interessen der Besatzungsmächte dienen. Möglicherweise wird man ihnen doch einige Vorrechte vor der übrigen Bevölkerung geben, damit sie ihre Rolle als Sklavenvögte willig spielen. Nehmt z.B. die Gewerkschaften. Die Besatzungsmächte brauchen sie, um die Arbeitsdisziplin wieder aufzurichten. Sie brauchen sie, um sie gegen die Massen der Arbeitslosen auszuspielen. Wer sich einbildet, daß diese Parteien, Gewerkschaften, lokalen Behörden etwas werden könnten wie Keimzellen auch nur einer bürgerlichen Demokratie, hat niemals erfaßt, was selbst eine noch so begrenzte Demokratie ist. Die Grundbedingung für jede Demokratie ist, daß die demokratischen Organisationen und Institutionen die Interessen ihrer eigenen Mitglieder oder Wähler wahrnehmen können. Keine wirkliche Demokratie ist möglich in einem Lande, das von fremden Truppen besetzt und selbst waffenlos ist. Ein Sklavendienst hört nicht auf Sklavendienst zu sein, nur weil er kollektiv ausgeführt wird.

Die glorreiche Idee vom schrittweisen Aufstieg zur Demokratie ist ein alter Ladenhüter aus dem Geschäft des englischen Imperialismus. Das nächstliegende Beispiel ist Indien. Das Vetorecht des Vizekönigs und der Provinzgouverneure und die englischen Besatzungstruppen im Lande (während gleichzeitig das indische Volk keine eigene bewaffnete Macht hat) machen jedes Gerede vom schrittweisen Aufstieg zur Demokratie in diesem Lande zu einer reinen Lächerlichkeit. Demokratie kann nicht teelöffelweise verabreicht werden. Demokratie kann überhaupt nicht *gegeben*, sie kann nur *genommen* werden. Die nationale Selbstverwaltung kann aufgeteilt und verteilt werden in lokale Selbstverwaltung, aber die lokale

Selbstverwaltung kann nicht einfach zur nationalen Selbstverwaltung summiert werden. Die lokale Selbstverwaltung der ursprünglichen Dorfgemeinde war Jahrtausende hindurch die Grundlage der orientalischen Despotie. Es ist hier das Ganze, das den einzelnen Teilen ihr Gepräge gibt, nicht umgekehrt. Aber das Ganze ist gerade die fremde Militärdiktatur.

## 16. Die bürgerliche Demokratie ist in Deutschland unmöglich

Aber selbst wenn die Absichten der Siegermächte mit der allmählichen Wiederaufrichtung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland so ehrlich wären, wie sie unehrlich sind, so wäre es doch in keiner Weise möglich, sie zu verwirklichen. Für die theoretischen Idealisten ist die Errichtung der bürgerlichen Demokratie bei einem Volke nur eine Frage der richtigen Erziehung. Für einen historischen Materialisten dagegen ist die Errichtung der Demokratie abhängig von materiellen — ökonomischen und klassenmäßigen — Voraussetzungen. Nur wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind, kann eine demokratische Erziehung zum gewünschten Ziele führen.

Diese Voraussetzungen sind in einem kapitalistisch entwickelten Lande ganz allgemein folgende: daß die Bourgeoisie imstande ist, wenigstens einem Teil der Arbeiterklasse eine privilegierte und gesicherte Stellung zu geben (also das Vorhandensein einer »Arbeiteraristokratie«); und daß es ein zahlreiches und ökonomisch lebensfähiges Kleinbürgertum gibt. So war z.B. die Grundlage der bürgerlichen Demokratie in England im 19. und 20. Jahrhundert die umfassende Ausbeutung des Kolonialreiches. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse und eine große kleinbürgerliche Schicht, die an dem kolonialen Extraprofit Anteil hatten, waren die materielle Grundlage der bürgerlichen Demokratie in England. In den USA hat es ebenfalls eine große Schicht verhältnismäßig gutgestellter Arbeiter und breite kleinbürgerliche Schichten gegeben, infolge der raschen Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus im eigenen Lande und in den Ländern, die unter seinem ökonomischen Einfluß stehen. Der Rest dieser materiellen Grundlage für die Demokratie, der von der Blütezeit des deutschen Kapitalismus (die Jahre 1870-1914) übrig war, machte für einige wenige Jahre die Weimarer Republik möglich.

Diese wurde nachher wieder unmöglich, weil ihre materielle Grundlage schnell dahinschwand. Die breite koloniale Unterlage, die eine unerläßliche Voraussetzung für den Monopolkapitalismus ist, konnte Deutschland sich im ersten Weltkrieg nicht erobern. Dazu ging noch der ungenügende Anfang eines Kolonialreiches verloren, den Deutschland vorher gehabt hatte. Daher wurde das Kleinbürgertum

in breiten Schichten dahingemäht, und das gleiche Schicksal traf sogar viele kleine und mittlere Kapitalisten. Die Arbeiteraristokratie mußte zusammen mit der übrigen Arbeiterklasse unter einer jahrelangen und anscheinend unüberwindlichen Massenarbeitslosigkeit leiden.

Danach hat das Naziregime die letzten Reste einer materiellen Grundlage für eine bürgerliche Demokratie in Deutschland zugleich mit ihrer ideologischen Grundlage ausgerottet. Das Kleinbürgertum, das seine Rettung vom Nazismus erwartete, wurde unter Hitler viel schneller, brutaler und gründlicher vernichtet, als der Monopolkapitalismus unter der Weimarer Republik es hatte tun können. Die Arbeiterklasse wurde zu einer gleichartigen Masse maximal ausgebeuteter Arbeitssklaven eingewalzt.

Das Deutschland, das jetzt nach dem Naziregime und nach der Niederlage im zweiten imperialistischen Eroberungsversuch besteht, ist selbst ein Kolonialgebiet geworden; es ist in vier Teile zerstückelt und seine Wirtschaft ist völlig verkrüppelt. Wie sollte in einem solchen Deutschland die völlig fehlende materielle Grundlage für eine bürgerliche Demokratie sich entwickeln können?

Man wird vielleicht antworten: Das kann geschehen dadurch, daß wir Deutschland »entindustrialisieren«, die kapitalistischen Monopole auflösen und Deutschland zu einem Land machen, dessen Wirtschaft hauptsächlich basiert ist auf Kleinlandwirtschaft und Fertigerwarenindustrie in kleinen Betrieben — kurz gesagt, indem wir Deutschlands ungefähr hundertjährige großindustrielle Entwicklung annullieren. Können wir nicht gerade damit die Grundlage für eine bescheidene, friedliebende, kleinbürgerliche Demokratie schaffen?

Die Antwort ist in aller Kürze: Legt man einen Säugling in die Wiege, so ist das richtig, er gehört hinein. Will man dagegen einen erwachsenen Menschen in seine Kinderwiege legen und ihn der Wiege »anpassen«, so muß man zuerst jedenfalls die Beine wegschneiden und weiter ihn mit einem Seil zu einem Paket passender Größe zusammenschnüren. Da kann man aber kaum erwarten, daß ein solches zusammengeschnürtes Paket eine normale menschliche Entwicklung durchmachen kann. — Sagen wir es ohne Bildersprache: Die hochkapitalistische Entwicklung in Deutschland hat zu einem entsprechenden gewaltigen Bevölkerungszuwachs geführt. Im Laufe von hundert Jahren ist die Bevölkerung von ungefähr dreißig auf ungefähr siebzig Millionen gewachsen. Schraubt man jetzt die ökonomische Entwicklung um hundert Jahre zurück, so wird dieser Bevölkerungszuwachs zu einer Übervölkerung, und der ganze Gesellschaftskörper wird dann ebenso lebensunfähig sein, wie der erwachsene Mensch, der durch Amputation und Zusammenschnüren auf die Ausmaße eines Säuglings reduziert wird.

Äußere Machtanwendung kann für eine Zeit verhindern, daß eine neue, revolutionäre und sozialistische Staats- und Gesellschaftsform sich entwickelt, die den inneren materiellen und geistigen Voraussetzungen des Landes entspricht. Die äußere Machtanwendung kann die Geburt des Neuen verzögern, aber sie kann nicht bewirken, daß eine Löwin Lämmer wirft, statt junger Löwen. Das gilt ohne Unterschied für alle vier Besatzungsmächte, die gemeinsam die revolutionäre Wiedergeburt verhindern und gemeinsam das Programm für die sogenannte Erziehung zur Demokratie aufgestellt haben.

Im übrigen kann die oben geschilderte, rein materielle Unmöglichkeit der »Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie« ein bequemer Vorwand werden, um die Okkupation des Landes in das Unendliche hinauszuziehen — ebenso wie die kapitalistischen Kolonialmächte bisher immer neue »Gründe« für die Beibehaltung der Kolonien finden konnten — natürlich nur zum Zwecke der »demokratischen Erziehung« der eingeborenen Bevölkerung.

## **17. Eine Richtschnur**

Wie sollen sich die Revolutionäre gegenüber den verschiedenen Verhaltensmaßregeln der Besatzungsmächte für die »demokratische Erziehung« verhalten?

Die allgemeine Richtschnur kann nur sein, daß sie den revolutionären Interessen der deutschen Arbeiterklasse dienen müssen und nicht der Unterwerfung der Werktätigen unter die Ziele der Okkupationsmächte. Den eigenen Interessen der arbeitenden Klasse kann man jedoch nur dienen, indem man dazu geeignete politische und gewerkschaftliche Organisationen aufbaut, die von den Okkupationsmächten wirklich unabhängig sind.

Können die von den Besatzungsmächten zugelassenen oder kontrollierten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für die eigenen Zwecke der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden? Vielleicht bieten diese Organisationen Möglichkeiten dafür, daß die Revolutionäre Gehör finden können bei weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung, aber nur unter der Voraussetzung, daß die betreffenden sich nicht durch Lakaiendienste für die Okkupationsbehörden kompromittiert haben.

*Kein wirklicher Revolutionär kann sich zur Verfügung stellen für Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen im Dienste der Besatzungsbehörden.* Er kann sich vielleicht eine Zeitlang einbilden, daß er damit revolutionären Zwecken dient; aber die faktischen Verhältnisse lassen doch nichts anderes zu, als daß er den Interessen der Okkupationsmächte dient. Wenn er sich in diesem Dienst genügend

vor der deutschen Bevölkerung kompromittiert hat, so ist er auch für die Besatzungsbehörden wertlos geworden. Diese werden ihn durch neue, noch nicht kompromittierte Leute ersetzen, die dasselbe Schicksal erleiden werden. Warum einen Weg einschlagen von dem man voraussagen kann, daß er unglücklich enden wird?

### **18. Die Form der Demokratie, die für Deutschland möglich ist**

Die einzige Form der Demokratie, für welche es eine materielle Grundlage in Deutschland gibt, ist die *Demokratie der arbeitenden Klassen*, d.h. die den deutschen Verhältnissen angepaßte Form der proletarischen Diktatur, deren Staatsform in der ersten Stufe die deutsche sozialistische Räterepublik sein wird. Das sogenannte »Buchenwald-Manifest«, angenommen von Sozialdemokraten und Kommunisten, beweist vor allem, daß die deutsche Arbeiterklasse im ganzen reif dafür ist, und daß die Spaltung, die die deutsche Arbeiterklasse in Kommunismus und Sozialdemokratismus teilte, im Bewußtsein der arbeitenden Massen durch die eigene Macht der Tatsachen überwunden ist. Das einzige Hindernis für die Verwirklichung ist jetzt die äußere Gewalt. Die einzige Schule, in der die Deutschen zu dieser Form der Demokratie (also zur wirklichen, nicht zur scheinbaren Demokratie) »erzogen« werden können, besteht in einer Sammlung — unter allen Formen, die möglich sind — der Kräfte, die für dieses Ziel kämpfen. Nur diese Schule des Kampfes bietet die Gewähr dafür, daß der sozialistische Staat, der aus dem Kampfe hervorgeht, von einem höherstehenden Typus sein wird als der jetzige Sowjetstaat, d.h. von einem Typus mit einem Minimum an Bürokratie und einem Maximum an proletarischer Demokratie.

### **19. Vier deutsche ökonomische Kolonialgebiete**

Um den rechten Maßstab an den wirtschaftlichen Teil der Potsdamer Beschlüsse legen zu können, müssen wir wieder ausgehen von dem wirklichen Zustand, um zu sehen, was daraus folgt. Was von Deutschland übrig ist, ist in vier Kolonialgebiete geteilt, d.h. Gebiete, die dieselbe ökonomische Stellung wie Kolonien einnehmen. Die ökonomischen Formen und Absichten für eine Kolonialverwaltung werden von dem eigenen ökonomischen System und den eigenen ökonomischen Bedürfnissen der Kolonialmacht bestimmt. Im Falle Deutschlands dreht es sich um drei kapitalistische und eine nichtkapitalistische Macht, nämlich die SU. Schon daraus geht hervor, daß keine Rede sein kann von gemeinsamen Zielen und Richtlinien in den vier Gebieten. Die Differenzen zwi-

schen den Zielen der einzelnen Mächte schließen natürlich nicht gewisse Maßnahmen aus. Solche können sogar notwendig sein, damit jede Kolonialmacht überhaupt »ihr« Gebiet für ihren Zweck ausnutzen kann. Aber es kann da vorläufig keine Rede sein von einer wirklich gemeinsamen oder parallelen Entwicklung der einzelnen Teile Deutschlands — trotz allem, was darüber auf dem geduldi- gen Papier der Potsdamer Beschlüsse steht. Jede der Besatzungs- mächte wird danach trachten, sozusagen ihren Teil von Deutsch- land organisch in ihre eigene Wirtschaft einzugliedern.

Daraus folgt, daß Deutschlands einzelne Teile in wirtschaftlicher Beziehung auseinander streben werden — nicht kraft ihres eigenen ökonomischen Bedürfnisses, sondern infolge eines Zwanges von außen. Daher wird die vorherrschende Entwicklungstendenz nicht sein, daß die getrennten Teile wieder ökonomisch miteinander verwachsen, sondern daß sie zusammenwachsen mit der Wirtschaft der jeweiligen Besatzungsmacht, d.h. daß sie voneinander weg wachsen.

Die deutsche Wirtschaft ist ein Tummelplatz für alle Gegensätze der Okkupationsmächte untereinander. Zuerst einmal nimmt jede von ihnen, was sie selbst gebrauchen kann. Die Russen nahmen alle Arten von Maschinen, Eisenbahnschienen, Möbel, Vieh, Arbeitskraft usw. Die Amerikaner nehmen chemische Apparate, For- meln und Rezepte, Erfindungen, wissenschaftliches Personal usw. Darüberhinaus nehmen oder vernichten sie, was sie selbst nicht gebrauchen können, nur damit die anderen Besatzungsmächte es nicht bekommen. Der Widerstand der Engländer und Amerikaner gegen die russischen Forderungen auf deutsche Zwangsarbeiter hat z.B. nichts mit Rücksichtnahme auf die deutschen Arbeiter zu tun, sondern ist dem Wunsch entsprungen, daß die Russen so wenig wie möglich bekommen sollen. USA und England haben selbst keine Verwendung für deutsche Zwangsarbeiter.

Die wichtigsten ökonomischen Maßnahmen gegenüber Deutsch- land werden mit der Absicht der Sicherung der deutschen Abrüs- tung begründet. Das gilt für die Einschränkung und Kontrolle der Produktion von Metallen, Maschinen und chemischen Produkten und die Stilllegung der deutschen chemischen und Schwerindu- strie. Es steht noch nicht fest, wie das im einzelnen durchgeführt werden soll, d.h. ein wie großer Teil der Produktion unter ständige Kontrolle gestellt werden soll, wieviele Betriebe stillgelegt werden sollen, wieviele von deren Maschinen und Apparaten abtransportiert werden sollen und von wem, und wieviele Produktionsmittel einfach vernichtet werden sollen. Das wichtigste Gebiet der che- mischen und Schwerindustrie, das Ruhrgebiet, ist von den Eng- ländern besetzt. De Gaulle hat sich für Frankreich großzügig erbo- ten, den Hauptteil der deutschen Schwerindustrie zu übernehmen,

damit Frankreich, darauf gestützt, der Wächter der sogenannten Ordnung auf dem europäischen Festland werden kann. Aber das englische Kapital ist kaum interessiert daran, daß die Konkurrenz, die ihm bisher unter der Hakenkreuzflagge gegenüberstand, jetzt unter der Trikolore wiederkehrt. Die SU hat sich 25% der noch brauchbaren Maschinen aus den westlichen Zonen gesichert, um sie nach dem Osten zu schaffen.

Von einem Gesichtspunkt aus gesehen, bedeutet die Stilllegung der deutschen Schwerindustrie die Vernichtung eines kapitalistischen Konkurrenten, womit die kapitalistischen Siegerherren ihre eigene Stellung im Konkurrenzkampf sichern. Vom Gesichtspunkt der Zukunft gesehen, bedeutet es einmal, daß Deutschlands Übergang zum Sozialismus erschwert wird, und zum anderen, daß ein zukünftiges sozialistisches Deutschland von vornherein von den Ländern abhängig gemacht wird, die jetzt oder in Zukunft über eine sozialistische Schwerindustrie verfügen.

Formell gesehen ist es deutsches kapitalistisches Eigentum, privates oder staatliches, das jetzt aus Deutschland entfernt wird. Für einen marxistischen Ökonomen sind die wirklichen Eigentümer jedoch die deutschen Arbeiter, die die Maschinen, Apparate usw. mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, und die mit ihrer Mehrarbeit die Werte geschaffen haben, die die industrielle Ausrüstung repräsentiert. Die deutschen Arbeiter sind also die wirklichen Eigentümer dieser Dinge, ob man sie nun nach ihrem Gebrauchswert oder ihrem Tauschwert betrachtet. Wenn man jetzt die Kapitalausrüstung wegnimmt, so bedeutet das, daß man die deutschen Arbeiter ihrer jetzigen Arbeitsplätze und ihres zukünftigen kollektiven Eigentums beraubt.

## **20. Die »gleichmäßige Behandlung«**

Auf dem Papier nimmt sich die gleichmäßige Behandlung der deutschen Wirtschaft, die die Potsdamer Beschlüsse versprechen, stattlich aus. Alle Gebiete, die gleichmäßiger Behandlung unterworfen werden sollen, werden aufgezählt: Bergwerke, industrielle Produktion und Verteilung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Löhne, Preise, Rationierung, Export- und Importprogramm, Geld- und Bankwesen, Zoll und Steuern, Schadenersatz und »Einschränkung der Kriegsindustrien«, Transport und Verkehr. — Ein wesentlicher Teil dieses Programms wird nur auf dem Papier stehen bleiben. Gleiche Maßnahmen werden nur durchgeführt werden, soweit sie für alle Besatzungsmächte eine unentbehrliche Voraussetzung dafür sind, daß sie — jede für sich — überhaupt »ihr eigenes« Gebiet ausnutzen können.

## **21. Eine Höchstgrenze für den Lebensstandard**

— keine untere Grenze.

Das durchschnittliche Lebensniveau in Deutschland soll das Lebensniveau in den früher von den Nazis besetzten Ländern «nicht übersteigen». Deutlicher gesagt: es soll beständig tiefer liegen, wie sehr die Bevölkerung sich auch anstrengen mag. Eine obere Grenze ist festgesetzt, während die untere Grenze unbestimmt ist. Die Besatzungsbehörden sollen also nach eigenem Gutdünken bestimmen, wie eng dem deutschen Volke der Hungerriemen schnallt werden soll.

## **22. Deutsche »Kontrolleure«**

Die wesentlichsten Kontrollorgane sollen mit Deutschen besetzt werden, damit die deutsche Öffentlichkeit die Verantwortung auf sie legen kann — und nicht auf die Okkupationsbehörden, die das endgültige Bestimmungsrecht haben. Weiter sollen die Deutschen die Fachkenntnisse liefern, die die Eroberer selbst nicht haben. Das ist wieder die alte Kolonialmethode: einen Teil der Eingeborenen mitwirken zu lassen an der Durchführung der Ausbeutung des eigenen Volkes. Die deutschen Industriellen, Bankleute, Kaufleute, bürgerlichen Ökonomen usw. sind also ausersehen, die Rolle der Fronvögte der Kolonialmächte gegenüber dem werktätigen deutschen Volke zu spielen. Es ist kein Zweifel darüber, daß sie sich willig zur Verfügung stellen werden; dann sollen sie sich aber auch nicht beklagen, wenn das deutsche Volk sie in einen Topf mit den fremden Herren des Landes wirft.

## **23. Die »dringend notwendigen Aufgaben«**

Als dringend notwendige Aufgaben werden in den Potsdamer Beschlüssen aufgezählt: Reparatur von Transportmitteln, Kohlenproduktion, Instandsetzung von Häusern (keine Neubauten) und Landwirtschaft. Europa schreit nach Ruhrkohle. Der Kohlentransport erfordert Instandsetzung von Eisenbahnen und Kanälen. Das erfordert wiederum Eisen und Stahl. Die Landwirtschaft kann nicht wieder auf die Beine gebracht werden ohne Kunstdünger und landwirtschaftliche Maschinen. Das Entindustrialisierungsprogramm kommt also schon von Anfang an in Widerstreit mit den europäischen Wirtschaftszusammenhängen, in die auch die deutsche Wirtschaft verflochten war.

## **24. Die »Regelung« der Ausplünderung Deutschlands**

Der Abschnitt über Schadenersatz ist nur ein Versuch seitens der Besatzungsmächte, die Ausplünderung Deutschlands zu »regeln«. Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte jede der Besatzungsmächte genommen, was sie wollte und konnte, an Maschinen, Apparaten und beweglichen Gegenständen jeder Art, und dabei kamen die Okkupationsmächte untereinander in Streit. — Der Inhalt der Potsdamer Beschlüsse über diesen Punkt ist folgender: 1. Jede Besatzungsmacht kann von »ihrem eigenen« Gebiet wegtransportieren, was sie will. 2. Die Russen können darüber hinaus 25% der noch brauchbaren Maschinen von den westlichen Zonen nehmen, davon 10% auf Reparationskonto und 15% für Gegenleistungen. Es ist also keine Grenze für die Ausplünderung Deutschlands gesetzt, sondern nur für die Ausplünderung der Siegerherren untereinander. Das, was hier geschehen ist und noch geschieht, ist ein würdiges Gegenstück zur Ausplünderung Europas durch die Nazis.

## **25. Der Landraub**

Die Russen erhalten Königsberg und Umgebung; die Polen erhalten die Gebiete zur »Verwaltung«, die die Russen ihnen bereits faktisch abgetreten haben. Bei ihrem Vormarsch hat die Rote Armee mit den dazu geeigneten Mitteln diese Gebiete von deutscher Bevölkerung gesäubert. Alle sind sich darüber klar, daß hiermit vollendete Tatsachen geschaffen sind, und daß die kommenden Friedensbedingungen und ihre Annahme durch Parlamente usw. nur Theater sein werden. Alle wissen auch, daß es sich mit Ausnahme eines kleinen Gebietes in Oberschlesien um Landgebiete mit deutscher Bevölkerung handelt. Es handelt sich also ganz einfach um Landraub.

Es lohnt nicht, der Entschuldigung viele Worte der Widerlegung zu widmen, daß es sich um früher polnische (oder andere slawische) Gebiete handelt. Nach diesem Prinzip könnte man ganz Deutschland unter die Kelten und Slawen aufteilen.

## **26. Ein besonders dunkles Kapitel**

Es ist jetzt bekannt, daß Millionen Deutscher aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und Ungarn mit den barbarischsten Methoden von Haus und Hof verjagt worden sind. Ihre überwiegende Mehrzahl sind natürlich deutsche Arbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern, Handwerker. Nach einem Ersuchen der englischen und amerikanischen

Repräsentanten, die »ihre« Gebiete von solchen Flüchtlingen überschwemmt sahen, wurde in Potsdam — im Hinblick auf eine »humane und geordnete Durchführung« — ein vorläufiges Verbot gegen weitere gewaltsame Verreibungen erlassen. — *Welche Schande für alle Siegermächte, die diese Barbarei durchgeführt oder zugelassen haben!*

## **27. Die einzig mögliche Lösung**

Die Werktätigen in Deutschland können heute nur für die Befriedigung ihrer elementarsten Lebensbedürfnisse und Rechte kämpfen: Brot, Kleidung, Wohnung, Organisations- und Streikrecht und andere elementare demokratische Rechte. Dieser Kampf kann nur geführt werden *gegen* die Besatzungsbehörden — nicht mit ihnen, und *gegen* die deutschen Kapitalisten — nicht mit ihnen. Dieser Kampf muß ständig geführt werden unter Rücksichtnahme allein auf die Gesamtinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung und nicht auf bloße Gruppeninteressen. Die selbständige Initiative der arbeitenden Bevölkerung wird ständig auf die Schranke stoßen, die von den Interessen der Okkupationsmächte gebildet wird. Aber das ist kein Grund, den Kampf zu unterlassen — im Gegenteil.

Die allgemeine Richtlinie für den Kampf kann nur sein: die sozialistische Umgestaltung der deutschen Wirtschaft. Nur dadurch kann ein wirklicher Wiederaufbau der Wirtschaft ermöglicht werden. Aber man soll keine Illusionen darüber hegen, daß eine solche sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft möglich wäre, solange das Land von fremden Truppen besetzt und entwaffnet ist. Denn der Hauptzweck der Okkupation und Entwaffnung ist gerade, die sozialistische Revolution zu verhindern.

Folglich muß der Kampf um die elementarsten Lebensbedürfnisse und Rechte der werktätigen Bevölkerung mit Naturnotwendigkeit revolutionären Charakter annehmen und sich verschmelzen mit dem Kampf um die Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft.

Wenn ein Manifest der KPD in der russischen Okkupationszone das Festhalten an den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen damit »begründet«, daß die Verhältnisse in Deutschland noch nicht für den Sozialismus »reif« seien, so kennzeichnet die Partei damit nicht Deutschlands objektive Lage, sondern nur die eigene subjektive Stellung der Partei als Werkzeug und Sprachrohr der Besatzungsbehörden. Was noch nicht »reif« ist für eine sozialistische Umgestaltung der deutschen Wirtschaft, sind gerade und ausschließlich die Besatzungsmächte. Die Westmächte sind prinzipielle Gegner des Sozialismus; und die Russen ordnen sich ihnen vorläufig

unter. Die inneren Verhältnisse in Deutschland selbst sind dagegen im höchsten Grade reif für den Sozialismus.

Aber während im Herzen Europas die sozialistische Revolution schon bis zur Reife entwickelt ist, wenn sie auch mit eisenharter Macht niedergehalten wird, geht gleichzeitig an der Peripherie Europas ein deutlicher Ausreifungsprozeß zum Sozialismus vor sich. Der Sozialismus ist hier auf dem Marsche als Folge der ungeheuren Erschütterungen aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die der zweite Weltkrieg in Europa mit sich gebracht hat, und als Folge der Übermacht des amerikanischen Kapitals, die der Krieg zum Ergebnis hat. Heute ist das Wirklichkeit geworden, was Friedrich Engels schon in den achtziger Jahren voraussah, nämlich, daß Amerikas gewaltige wirtschaftliche Überlegenheit als Folge eines Weltkrieges Europa vor die Wahl stellen werde, entweder zurückzusinken in eine selbstversorgende Agrarwirtschaft, oder vorwärts zu marschieren zum Sozialismus. In Deutschland versucht man die Entindustrialisierung mit fremder Waffengewalt durchzuführen. In den anderen europäischen Industrieländern wird die Macht, die von Amerikas wirtschaftlicher Überlegenheit herrührt, früher oder später mit Notwendigkeit in derselben Richtung wirken — ganz unabhängig von den guten oder schlechten Absichten derer, die sich einbilden, daß sie diese Wirtschaft leiten.

Die deutschen Werktätigen, die heute wie räudige Hunde behandelt werden, können also damit rechnen, daß sie nicht lange allein stehen werden. Entweder rückt das Proletariat des übrigen kapitalistischen Europas in dieselbe Kampflinie auf wie sie, oder es wird ihr Schicksal teilen.

September 1945

